



**Newsletter *Bildung, Kinder und Jugend*, Ausgabe 389, 11.05.2011**

---

## **Andere Vergabepaxis statt anderer Drogenpolitik**

### **Interfraktioneller Antrag zum dauerhaften Erhalt der ISTEK**

---

#### **Andere Vergabepaxis statt anderer Drogenpolitik**

Wie im Frühjahr bekannt wurde, wurden bei Haaranalysen von Kindern aus Elternhäusern von mit Methadon substituierten Drogenabhängigen Spuren von Drogen gefunden. Im April hatte die Bürgerschaft mit einem umfangreichen Antrag Maßnahmen zur Prävention beschlossen, der auch von der Opposition unterstützt worden war. Inzwischen liegen die Ergebnisse einer genaueren Untersuchung der Haarproben vor, die größtenteils Entwarnung hinsichtlich des Verdachts, die Eltern hätten ihren Kindern Drogen direkt verabreicht, geben.

In der dazu von der CDU-Fraktion beantragten Aktuellen Stunde, in der Debatte als Wahlkampfmanöver bezeichnet, sagte Horst Frehe, sozialpolitischer Sprecher der Grünen-Fraktion: „Wenn Eltern neben der Methadon-Einnahme weiterhin zusätzlich illegale Drogen konsumieren (und sich für diesen sogenannten Beigebruch ja auch noch die Drogen und das dafür erforderliche Geld beschaffen müssen), sind sie grundsätzlich nicht in der Lage, ihren Elternaufgaben verantwortungsvoll nachzukommen. In diesem Fall muss auch geprüft werden, ob sie überhaupt weiter am Methadonprogramm teilnehmen können. Durch ein solches Verhalten verletzen sie eine von der Bundesärztekammer verabschiedete Richtlinie zur Methadonvergabe.“

„Wir brauchen daher keine andere Drogenpolitik – die ist in Ordnung. Wir brauchen eine andere Vergabepaxis, an der Ärzte und Ärztinnen, Apotheker und Apothekerinnen, Familienhebammen und Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen zusammenwirken!“ so Frehe weiter, und er forderte die CDU mit Bezug auf den Beschluss vom April auf: „Lassen Sie uns dieses gemeinsam umsetzen und nicht durch die Aktuelle Stunde Panik verbreiten und eine Abkehr von einer akzeptierenden Drogenarbeit vollziehen.“

## Interfraktioneller Antrag zum dauerhaften Erhalt der ISTEK

Bremen muss eine sichere Stadt für alle sein. Die Bürgerinnen und Bürger sollen sich hier wohl fühlen. Öffentliche Räume dürfen keine Angsträume sein. Kriminalitätsbekämpfung ist und bleibt ein wichtiges Thema in Bremen.

Um konsequenter und schneller gegen kriminelle Clans vorzugehen hat die Bremer Polizei vor einem Jahr eine zunächst befristete "Informationssammelstelle ethnische Clans" (ISTEK) gegründet. Die Erfahrungen sind gut. Straftaten kommen in ein beschleunigtes Verfahren und werden strafrechtlich verfolgt. Daher wurde nun ein interfraktioneller Antrag in die Bürgerschaft eingebracht, die ISTEK dauerhaft zu erhalten.

Anja Stahmann als bildungspolitische Sprecherin der grünen Fraktion: "Aus meiner Sicht leistet die Polizei hier einen guten Job. Die Fortführung der Arbeit der ISTEK ist sinnvoll. Dennoch ist aus Sicht der Grünen wichtig, dass an die Vorbeugung gedacht wird. Damit Jugendliche gar nicht erst in die Kriminalität abrutschen, stärken wir mit dem ressortübergreifenden Konzept ‚Stopp der Jugendgewalt‘ die verschiedenen Präventionsansätze. Dazu gehört auch, Jugendlichen rasch die Folgen ihres Handelns aufzuzeigen. Die Jugendgerichte wurden personell verstärkt, um die Verfahren zu beschleunigen."

Den Antrag "ISTEK - Informationsstelle ethnische Clans" finden Sie hier:

[http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/buergerschaft\\_aktuell/rubrik/5/5460.buergerschaft\\_aktuell.html](http://www.gruene-fraktion-bremen.de/cms/buergerschaft_aktuell/rubrik/5/5460.buergerschaft_aktuell.html)

### AnsprechpartnerInnen für Nachfragen:



Anja Stahmann, bildungspolitische Sprecherin  
[anja.stahmann@gruene-bremen.de](mailto:anja.stahmann@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 3011-234)



Mustafa Öztürk, kinder- und jugendpolitischer Sprecher  
[mustafa.oeztuerk@gruene-bremen.de](mailto:mustafa.oeztuerk@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 3011-249)



Dr. Tobias Erzmänn, Referent für Bildung, Wissenschaft, Kinder und Jugend  
[tobias.erzmann@gruene-bremen.de](mailto:tobias.erzmann@gruene-bremen.de)  
(Tel.: 3011-251)

Für Inhalte externer Links und Publikationen übernimmt die Bürgerschaftsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen keine Haftung.